



Gemeinsame PRESSEMELDUNG

Berlin, 19. November 2018

Bäuerlicher Klimaappell

Bundesregierung muss 1,5-Grad-Ziel entschlossen anpacken

- alles andere ist unverantwortlich

Vor der bevorstehenden UN-Klimakonferenz in Katowice rufen die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bioland, Demeter und Naturland mit dem „Bäuerlichen Klimaappell“ die Bundesregierung zur Einhaltung ihrer Klimaziele auf.

Sie erklären: „Der Klimawandel gefährdet zunehmend die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe hier bei uns und weltweit. Der verheerende Dürresommer 2018 muss eine Zeitenwende in der Klimafrage einläuten. Die Bundesregierung muss ihre eigenen Klimaziele zu 100% einhalten und eine CO₂ Steuer einführen. Bäuerinnen und Bauern brauchen Klimaschutz. Durch umweltschonenden Ackerbau und artgerechte Tierhaltung nehmen wir unsere Verantwortung auf den Höfen für eine enkeltaugliche Zukunft wahr. Wir fordern die Bundesregierung auf, entschlossen das 1,5-Grad-Ziel anzupacken – alles andere ist unverantwortlich.“

Alle vier Verbände rufen dazu auf, am 1. Dezember auf den Demonstrationen „Tempo machen beim Kohleausstieg“ in Köln und Berlin sowie auf der „Wir haben es satt“-Agrar-Demonstration am 19. Januar 2019 in Berlin auch für eine klimaschonende Landwirtschaft auf die Straße zu gehen und die Bundesregierung an das 1,5-Grad Ziel zu erinnern.

Bäuerlicher Klimaappell:

Bauernverbände fordern Klimaschutz und Kohleausstieg – jetzt!

Im verheerenden Dürresommer 2018 erleben wir erneut die zerstörerischen Folgen des Klimawandels. Tausende Höfe in Europa und Deutschland – und viele Millionen weltweit – sind davon betroffen. Die Fruchtbarkeit unserer Böden, die Existenz unserer Betriebe und unsere Wälder sind massiv durch die Klimakrise bedroht. Seit langem warnen Klimaforscher, doch die Politik handelt nicht. Die Auswirkungen des Klimawandels sind ökologisch, sozial und ökonomisch unverantwortbar. Es ist Zeit, eine Wende in der Klimapolitik einzuläuten.

Zeit zu handeln!

Wir fordern von der Politik: Die zugesagten deutschen Klimaziele müssen zu 100% umgesetzt und notfalls nachgeschärft werden, um das Klimaabkommen von Paris einzuhalten.

Das heißt: Reduzieren der CO₂-Emissionen mindestens um 40% bis 2020 und um 55% bis 2030. Ein weiteres Aufschieben verschärft die Auswirkungen der Klimakrise und verteuert mögliche Gegenmaßnahmen extrem.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf:

- Eine CO₂-Besteuerung als wirksamstes Mittel für den Klimaschutz kurzfristig auf den Weg zu bringen,

Die Politik darf vor den Profitinteressen von klimazerstörenden Konzernen (Kohle, Flugverkehr, Autoindustrie, Agrarindustrie etc.) nicht einknicken. Politik hat die Aufgabe, die Wirtschaft so zu regulieren, dass sie nicht zulasten des Klimas geht.

Auch die Land- und Lebensmittelwirtschaft muss klimaschonende Wege weiter beschreiten und ausbauen – im Ackerbau und in der Tierhaltung. Wir fordern von Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner, auch hier deutliche Schritte einzuleiten:

- Emissionen aus der Tierhaltung zu reduzieren durch die Rückbesinnung auf eine flächengebundene Tierhaltung,
- Förderung eines nachhaltigen Konsums und Stoppen der Lebensmittelverschwendung
- Etablieren einer Stickstoffstrategie zur Reduzierung der Lachgasemissionen,
- Förderung der CO₂-Bindung durch Humusaufbau in den landwirtschaftlichen Böden,
- Schutz, beziehungsweise nachhaltige wirtschaftliche Nutzung, von Mooren, Grünland und Wald sicher stellen,
- Ausrichten der gesamten EU-Agrarzahlungen auf eine klimaschonende, umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft,
- Ausweitung des Ökolandbaus als bewährtes und zertifiziertes Verfahren für eine umweltfreundliche Landwirtschaft,
- Weitere Erforschung sowie Etablieren in der Praxis von besonders klimafreundlichen Verfahren wie Agroforstwirtschaft, reduzierte Bodenbearbeitung ohne Einsatz von Totalherbiziden, optimierte Fruchtfolgen und Nährstoffrecycling.

Wir Bäuerinnen und Bauern erklären uns solidarisch mit dem peruanischen Kleinbauern Saúl Luciano Lliuya, denn sein Fall ist ein warnendes Beispiel für die globale Gefährdung unserer Lebensgrundlagen. Wir erklären uns auch solidarisch mit der Europäischen Klimaklage, bei der Bäuerinnen und Bauern aus europäischen und afrikanischen Ländern beim Europäischen Gerichtshof vom Rat der EU-Regierungen und vom Europäischen Parlament eine konsequente Klimapolitik einfordern. Wir sind solidarisch mit den Familien Backsen, Bohm und Lütke-Schwienhorst, die die Existenz ihrer Höfe durch den Klimawandel bedroht sehen und deshalb die Bundesregierung auf Einhaltung der Klimaziele verklagen. Zusammen mit der Zivilgesellschaft werden wir der Klimazerstörung und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen aktiv entgegenzutreten.

Unterzeichnende Verbände:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Georg Janßen, Bahnhofstrasse 31, 59065 Hamm/Westf., mobil: 0170 / 4964684.

Bioland e.V., Gerald Wehde, Kaiserstraße 18, 55116 Mainz, mobil: 0176 / 60030011.

Demeter e.V., Antje Kölling, Brandschneise 1, 64295 Darmstadt, mobil: 0157 / 58249201.

Naturland Verband für ökologischen Landbau e.V., Sebastian Mittermaier, Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing, mobil: 0172 / 6598387.